

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzzustelle

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal Mk. 2 (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband Mk. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbände Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Veretins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Peltzelle oder deren Raum berechnet
--	---	--

Verbandskollegen! In der Werbearbeit für den Verband darf auch nach Abschluss unserer Tarifbewegung kein Stillstand eintreten. Denkt an die Zeit nach dem Kriege!

Zwangweise Massenpeisung der städtischen Bevölkerung.

Schon seit Beginn der Kriegszeit haben mehrere Großstädte damit begonnen, Zentralküchen einzurichten, aus denen die unbedeutendste Bevölkerung und besonders die durch den Krieg in Not geratenen Schichten mit einem warmen Essen versorgt werden. Diese Einrichtung, die als eine Wohltätigkeits-Einrichtung gedacht war, ging aus der Erwägung hervor, daß es den Angehörigen der Unterschichten bei den teuren Lebensmittelpreisen nicht möglich sei, sich ausreichend zu ernähren und daß es deshalb im Interesse der Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit unseres Volkes liege, durch die Gemeinden für eine kräftige, ausreichende Ernährung zu sorgen. Darum leisteten die Gemeinden zu den Kriegsküchen einen manchenmal recht bedeutenden Zuschuß, wobei stillschweigend vorausgesetzt wird, daß nur die Bediensteten von der Kriegsküche Gebrauch machen.

In den letzten Monaten werden immer mehr Stimmen laut, die eine zwangweise Durchführung der Zentralküchen fordern, da nur sie allein die Möglichkeit gewähre, das deutsche Volk über die Schwierigkeiten der Ernährung hinwegzubringen. In eingehender Weise hat der bekannte Volkswirtschaftler Richard Calwer diese Forderung begründet. Er geht davon aus, daß die Bevölkerung der deutschen Städte mit über 5000 Einwohnern — es kommen 1300 Städte mit annähernd 32 Millionen Menschen in Betracht — nicht anders zu bewerkstelligen sei, als durch eine von der Gemeinde zu organisierende Massenpeisung für alle Gemeindeglieder, wobei allerdings für kleine Kinder, Kranke und alte Leute besondere Vorkehrungen getroffen werden müßten.

Zur Begründung dieser Maßregel wird ausgeführt, daß die Volksernährung im kommenden Winter selbst bei einem guten Ernte noch viel mehr Schwierigkeiten bereiten werde, als im vergangenen Winter, und daß ein absoluter Mangel an Lebensmitteln kommen werde, der naturgemäß in erster Linie die Stadtbevölkerung treffe. Er sucht diese Behauptung durch eine umfangreiche Statistik zu beweisen, wobei er die günstigsten Annahmen zugrunde legt. Es sei völlig ausgeschlossen, bei der bisherigen Verteilungsweise, die sich auf die mechanische Zuweisung von Lebensmitteln in ungesunden Zustände beschränke, auch nur den Mindestbedarf an Nahrungsmitteln zu beschaffen. Eine Verteilung der Einzelhaushalte mit ihrer Speisenzubereitung, erstjense deshalb als eine Unmöglichkeit. Schon die bisher übliche Brot- und Fleischverteilung habe viel zu wünschen übrig gelassen, obgleich es hier verhältnismäßig noch am besten klappte; aber bei der Verteilung der tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse habe das System völlig versagt. Das dürfe nicht wundernehmen; denn für Brot und Fleisch lasse sich eine ziemlich einseitige Konzentration feststellen, was aber bei Milch und Butter, Fleisch und Wursthwaren, Eier und Schmalz, Kartoffeln und Gemüse unmöglich sei. Hier seien die persönlichen Verhältnisse und Bedürfnisse des einzelnen zu berücksichtigen, als daß eine mechanische Konzentration nicht große Gefahren in sich birge. Hinzu komme noch der gerade unheimliche Verlust an Zeit und der große Aufwand an Mühe, die dazu nötig seien, um überhaup Lebensmittel zu „erschaffen“, wobei die gewerkschaftlichen Hausfrauen noch am schmerzhaftesten wehnen. Hierbei sei die winzig kleinen Portionen von Fleisch usw. häufig nicht nur minderwertig, sondern auch für den Haushalt unrentabel. Auch die Zubereitung der Speisen im Einzelhaushalt sei unzureichend und werde selbst für die Mittel-

und Oberstschichten immer schwieriger, je genauer die Verstandsaufnahme durchgeführt und je unerbittlicher der Sanfterei einiegel vorgehoben werde. Es heißt dann wörtlich: „Angenommen einmal, es lasse sich das Ziel, jedem Verbraucher die gleiche Menge Nahrungsmittel zuzuteilen, durch Zwangsmaßregeln erreichen, so übersteht man dabei ganz, daß die ausreichende Ernährung gerade dadurch nicht gesichert, sondern gründlich gefährdet wird. Denn es entspricht eben nicht der Wirklichkeit, daß das Quatum an Nahrungsmitteln für alle Verbraucher gleich sein könnte. Die Unterschiede des Alters werden auch bei dem herrschenden System einigermaßen berücksichtigt, aber nicht die Unterschiede, die sich aus der Berufscharakteristik des Geschlechts, des Körpergewichts, des Körperbaus, der beruflichen Tätigkeit usw. ergeben. Nicht jeder Mann kann den gleichen Nährstoff aus dem gleichen Nahrungsmittelquantum herauskochen. Die Beschaffenheit der Verdauungsorgane und die Größe des Stoffwechsels sind zwei Faktoren, die bei den verschiedenen Menschen sehr verschieden sind. Durch die bisherige Konzentration und Verteilung der wichtigsten Nahrungsmittel hat man bewirkt, daß sowohl die Bevölkerungskategorie geschädigt sind, die früher hauptsächlich aus Brot, Kartoffeln und Gemüse ihren Bedarf an Nahrungsmitteln gezogen haben, als auch die Kreise, die diesen Mindestbedarf überwiegend mehr dem Fleisch entnehmen haben. Durch die Gleichmächerei hat man letztlich erreicht, daß die Ernährung in allen Schichten der Bevölkerung unzureichend geworden ist.“

Die letztere Behauptung erscheint uns unüberleglich. Ueberall wird nämlich über eine Abnahme des Körpergewichts, über eine Verminderung des körperlichen Wohlbefindens, über Verdauungsbeschwerden geklagt, was sich weniger aus dem Mangel an Nahrungsmitteln, als vielmehr aus der Uniformierung der Ernährungsweise erklärt. Diesen Mangel sollte durch die obligatorische Massenpeisung abgehoben werden: es soll nämlich jeder verpfändet sein, sein warmes Essen aus der Zentralküche zu beziehen, aber es soll keiner die gleiche Speise zu essen brauchen. Die Zentralküchen für die verschiedenen Bezirke sollen verschiedene Speisen zu billigen, mittleren und teuren Preisen, je nach dem Geschmack und dem Geldbeutel des einzelnen Verbrauchers liefern. Dadurch bestrebe die gefürchtete „kommunizistische Küche des Zukunftsstaates“ ihre Schrecken, und auch solche Leute würden sich mit dem Plane befremden, denen der Gedanke peinlich war, daß die gesamte Bevölkerung einer Stadt aus einem Topfe essen müßte. Gerade die Massenpeisung würde eine reiche Abwechslung in der Ernährung ermöglichen, wobei allerdings vorausgesetzt wird, daß die Ernährung in jeder Stadt auf der Basis einer einseitigen Grundbasis beruhen muß. Zentralisation, Einseitigkeit und Vielseitigkeit müßten hierbei eben Hand in Hand gehen.

Als die Wirkung der zwangsweligen Massenpeisung ergibt sich, nach Calwer, eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel, weil jede Materialwaste und Kraftverschwendung beseitigt würde, sowie die Sicherstellung der Ernährung der gesamten städtischen Bevölkerung. Allerdings würden sich auch bei diesem neuen System allerlei Inangriffbarkeiten herausstellen, aber der Gedanke, daß alle davon betroffen werden, würde ausgleichend wirken. Vor allen Dingen würde eine Vermehrung der Produktion eintreten, wenn jeder wüßte, daß er seine Portion bekommt, was ohne Zweifel zur Möglichkeit des Durchhaltens wesentlich beitragen würde. (Schluß folgt.)

Lohnerhöhung für unsere Lehrlinge?

Am 7. Juli ist vom Vorstand unseres Verbandes gemeinsam mit dem Vorstand des Zimmerer- und des christlichen Bauarbeiterverbandes ein Ersuchen um Erhöhung der Lehrlingslöhne an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gerichtet worden. In dem Schreiben unseres Verbandsvorstandes war gesagt, daß er die Absicht habe, zu beantragen, daß die Lehrlingsfrage überhaupt einmal einer gründlichen Aussprache zwischen den am Tarifvertrage beteiligten Organisationen unterzogen werde. Er glaube, daß Unternehmer und Arbeiter ein gemeinsames Interesse daran hätten, die Lehrlingsausbildung und alles was damit zusammenhängt, in vernünftige Bahnen zu bringen. Er halte es für ausgeschlossen, daß dies einer Partei allein gelingen werde. Doch könne dies der Zeit nach dem Kriege vorzugeschlagen werden. Gang dringlich sei aber eine Aufbesserung der Lehrlingslöhne. Der Verbandsvorstand sprach den Wunsch aus, der Vorstand des Arbeitgeberbundes möchte seinen Mitgliedern die Zahlung von Teuerungszulagen an die Lehrlinge empfehlen. Als angemessen bezeichnete er die Erhöhung der Löhne vom 1. Juli an um Mk. 2 und vom 1. September an um Mk. 3 wöchentlich. In dem Schreiben war noch darauf hingewiesen, daß der harte Winter vor der Tür stehe und daß viele baugewerbliche Lehrlinge jetzt mehr denn je die Stützen ihrer Mütter und ihrer älteren Geschwister seien. Auch wurde die Meinung ausgesprochen, daß bei einer Erhöhung der Lehrlingslöhne um Mk. 3 wöchentlich der nötige Zusatz an Bezahlungen zum Gewerbe-Estern 1917 nicht mehr hoken werde.

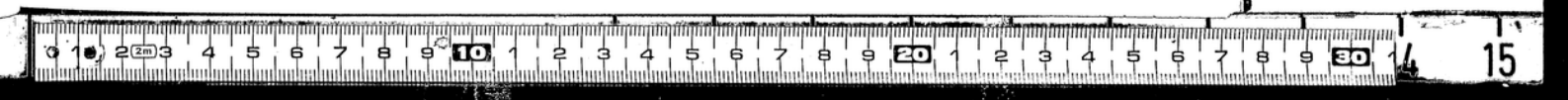
Auf diese Anregung ist folgende Antwort eingegangen:
Berlin, den 11. Juli 1916.

An den Deutschen Bauarbeiterverband usw.
Auf die gefälligen Zuschriften vom 7. Juli dieses Jahres betreffs Aufbesserung der Löhne der Lehrlinge teilen wir ergeben mit, daß die Regelung des gesamten Lehrlingswesens ausschließlich Sache des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister ist. Wir haben Ihre Anfrage daher an diesen Verband weitergegeben und bei dieser Gelegenheit eine mäßige Erhöhung der Lehrlingslöhne bestritten.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.
Der Vorsitzende: E. Behrens.

Wir teilen die Auffassung, daß die Regelung des gesamten Lehrlingswesens Sache des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister sei, nicht. Sie ist nur so lange keine Sache des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, als sich dieser nicht darum bestimmen will. Auch die Förderung eines geordneten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen und die Fürsorge für den Arbeitsnachweis sind ja nach § 11 a der Gewerbeordnung Sache der Innungen. Diese Bestimmung hat aber, als die Zeit gekommen war, die Arbeitgeberverbände keinen Augenblick davon abgesehen, durch Abschluß von Tarifverträgen ein geordnetes Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu schaffen, und noch weniger haben sich die Arbeitgeberverbände durch diese Regelung davon abhalten lassen, alles anzubieten, um die Arbeitsvermittlung selbst in die Hand zu bekommen. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse ist mit der Zeit ganz von selbst eine Sache geworden, die am besten von den Verbänden der Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam erledigt wird. Es scheint uns, als ob es nachgerade an der Zeit wäre, daß auch das Lehrlingswesen gemeinsam von den Organisationen geregelt wird, die heute die wichtigsten Vertretungen der Arbeiter und Unternehmer sind. Insbesondere kommt es im vorliegenden Falle zuzunehmen, daß die Lehrlingslöhne erhöht werden; die Hauptsache ist vielmehr, daß sie erhöht werden.

Ob der Innungsverband der gemeinsamen Anregung des Arbeitgeberbundes und der drei baugewerblichen Arbeiterverbände lebhaft wird, wissen wir noch nicht, sprechen aber die Hoffnung aus, daß auch er sich der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Lehrlinge nicht verschließen und daß er den Begriff der „Mäßigkeit“ nicht allzu ungünstig für die Lehrlinge auslegen wird.



brutaler Egoist. Nun es gegenüber einer Bewegung, wo niegt er sofort vorhin, wo ihm der größere Vorteil winkt. Laufende und überlaufende brave Arbeiter müßten daran glauben. Wasgen, sogar monatelang wurden sie samt ihren Familienangehörigen in das bittere Elend getrieben. Nicht selten mußte man aber Kollege seine Arbeitsstelle mit dem Gefängnis verknüpfen. Eine miserabile Lage, die jeden deutschen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treiben könnte, trug sich auf einer Baustelle in Worzheim zu. Einmal Tages erschienen zwei Feldgare, die sich auf Urlaub begeben, auf unserer Baustelle, um sich einige Gedanken zu machen, damit sie ihren Familienangehörigen eine Erleichterung gewähren könnten. Kurze Zeit darauf gesell einigen Arbeitern, unter denen sich ein Feldgare befand, das Ansehen der damaligen Italiener, die als Söldner auf der Baustelle angestellt war, nicht, und sie wollten sie zur Rede. Als Antwort erhielten sie: „Werde gleich der Schönmann sein.“ Unter solchen Umständen ist die gereizte Stimmung unserer Kollegen erklärlich. ... Daß aus der Verband nicht nur wegkommt, wenn er unsere Kollegen nicht vor den Italienern schützt, ist keineswegs verwunderlich, wenn man die empörende Haltung der Italiener, selbst in dieser außergewöhnlich schweren Zeit, in Betracht zieht, doch manchmal Kollegen, oder dem Verbande bei Klagen zu helfen, als wenn es sich um Italienern würde gienge Dinge zu weichen. Sie sind durchweg für die Wiederübernahme in den Verband nach dem Friedensschlusse. Wie gesagt, ich kenne eine ganze Anzahl solcher Kollegen, die sich nicht scheuen, sie haben zum größten Teil eine adä. bis zuweilen überhöhten Selbstachtung hinter sich. Dies dürfte unsere leitenden Kollegen im Hauptvorstande zum Nachdenken anregen. Unter solchen Umständen ist es klar, daß etwas geschehen muß. Zustände, wie sie vor Kriegsbeginn mit der ganzen Baustelle verbunden waren, dürfen nicht wiederkehren. Ich möchte vorschlagen, daß die ganze Auslieferung in förmlichen Zweigvereinen zur Sprache gebracht und daß Beschlüsse gefaßt werden, das gewonnene Material zum Verband übergeben zu werden, zur Ermöglichung der notwendigen Einmischung unserer Kollegen. Ferner muß die weitere Behandlung den nächst kommenden Verhandlungen erfolgen. Die Zustimmung, wie sie Kollege Stoff-Gausman schiedert, sind bei uns im Augenblicke fraglich. Staat und Gemeinde haben für uns nur wenig oder nichts übrig. Und das Arbeitsministerium? Ach, man ist Magistralist oder Reichsminister, selbst die höchsten politischen Bediensteten, selbst die höchsten Beamten, die „Minderwertigen“ der deutschen Bauarbeiter“ was das Zeug hält, lobt den Italiener über den Gefallen, gibt die neue Arbeit den Italienern in Auftrag, die Straßarbeit ist für den deutschen Bauarbeiter gut genug, und man ist dennoch Patriot. Wie sollte mituntergeordnete deutsche Bauarbeiter helfen, die deutsche Sprache sprechen, viele Laufende jedoch bedeckt bereits der grüne Rasen in Feinbestand. Ob der „Minderwertigen“ nach dem Friedensschlusse ein besseres Los winkt? Nicht einmal Körperlichkeit, die uns die christliche Nächstenliebe so schön zu verheißt, verheißt uns die eine gewisse Menge besitzen, die Günter und Heinzler jedochweise auch der Bauarbeiterschaft zusammenzusetzen, um neue Kirchen bauen zu können, haben etwas für uns übrig. Beginnt die Arbeit an der Straße, so sind die Italiener da. Die Deutschen können von Augen zugehen. Welche Macht die Italiener auf unsere Interessen haben, ist fürwahr schon einleuchtend für möglich lassen. Jeder militärische Kollege, und deren sind bei uns nicht wenig, wird auf Gesicht einiger italienischer Politiker gedenken und verzeihen. Daß es deutsche Unternehmer gibt, die italienische Einwanderer in die Lage versetzen, Heuergehälter bester Arbeiter von ihrem Wohnort einzuziehen, zu bezuziehen, ist fürwahr schon einleuchtend. Schreiber selbst ist schon seit acht Jahren gezwungen, außerhalb seines Wohnortes Arbeit zu nehmen. Da man noch anders aus Wut laßt, sogar noch besser als an meinem Wohnort, so lehre ich, wenn ich meinen Standpunkt hier nicht da bestände, hier mit roten und schwarzen Schuhen zum größten Schaden anderer Unternehmer und deren italienischer Vorkämpfer. Eine Verbesserung dieser Dinge durch den Staat oder die Organisation ist kaum zu erwarten. Verdrießliche könnten sich leicht in unternehmen werden. Nicht es nichtig zu machen, in einem bestimmten Fall bei den nächsten Verhandlungen erwidern, wohl gemerkt, aber nur dann, wenn sie selber etwas sind. Ein alter Spruch lautet: „Hilft dir selbst, so hilft dir Gott.“ Das trifft auch für uns Bauarbeiter zu.

(Italienern!) Die italienischen Einwanderer im marxistischen Sinne zu erziehen und sie zu tüchtigen Heimischen heranzubilden, dürfte uns Deutschen wohl kaum gelingen. Man bedenke: Vor Beginn des Krieges waren in Deutschland etwa 140 000 erwerbsfähige Italiener beschäftigt, davon waren kaum 5 pgl. organisiert. Nun fragt sich aber: wie viele Italiener haben nach dem Krieg, aus reinem Herzen organisiert? Die Mehrzahl hat sich doch nur aus finanziellen Gründen oder infolge eines sanfteren Druckes organisiert. Daß die Organisation der italienischen Einwanderer schon seit Anfang der neunziger Jahre, seit Gründung des Berufsvereines und des Bauarbeiterverbandes, dürfte wohl jedem Kollegen bekannt sein. Was seit jener Zeit der beiden Verbände und seit dem Zusammenfluß zum Bauarbeiterverband erzielt wurde, ist gleich Null. Sollte sich die Organisation in diesem Tempo kräftiger Erfolge zeigen, wie aus von Postentlohn oder ähnlichen Ursachen nicht zu erwarten. Die italienischen Arbeiter sind nach den gemachten Erfahrungen in ihrer großen Mehrheit einfach unorganisiert. Daß der Kollege Franz die fremdsprachigen Arbeiter in Schutz nimmt, mag seine Gründe haben. Sie sind aber als Marxisten nicht zu stellen, scheint mir doch etwas zu bedenklich. Gewiß ist, daß auch wir unsere moralisch verdorren Elemente in genügender Anzahl besitzen. Daß die italienischen Arbeiter in Bremen anders geartet sein sollten, ist kaum anzunehmen; sie sind wohl überall die gleichen, nur mit dem Unterschiede, daß sie nicht überall ihre bedauerlichen Intelligenz zur Entfaltung bringen können. Darum erachte auch ich, wie der ungenannte Kollege in Nr. 19, als die beste Erziehung für den Italiener einen gut gezielten Führer und dazu die Bezahlung, deren nur ein deutscher Arbeiter fähig ist. Eine derartige Bezahlung dürfte auch die wohlwollenden Italiener zum Nachdenken veranlassen.

Vom Bau.

Unfälle. In der Utrechter Straße in Berlin führt die Firma Hübner den Neubau einer südlichen Gemeindeerschule aus, an dem gegenwärtig die Arbeiter beschäftigt werden. Dort stürzte am 10. Juli infolge Fehltritts der Arbeiter Andreas aus Jüterbog vom oberen Treppenebel ab. Mit schweren Kopfverletzungen und einem Schädelbeingebirch blieb er auf dem unteren Podest liegen und mußte mittels Autos nach dem Rudolf-Wilhelms-Frankenhaus geschafft werden. Der Fall zeigt wieder, wie selbst auf Bauten, die aus allgemeinen Mitteln hergestellt werden, die Schutzbestimmungen durchgeführt werden. Der Unfall hätte nicht passieren können, wenn das vorchriftsmäßige Treppengeländer, das hier vollständig vorhanden gewesen wäre.

Wiederaufbaugesellschaft Ostpreußen. In Berlin-Wilmersdorf wurde unter dem Namen als Spitzmarke dienenden Titel eine G. m. b. H. gegründet, die sehr ungewöhnlicher Natur zu sein scheint. Nachdem „Die Bauwelt“ in ihrer Nummer 20 mitteilte, daß diese Gesellschaft in Königsberg in Preußen eine Zweigvereinsniederlassung gegründet habe und daß der Gegenstand ihrer Unternehmung die Annahme und Ausführung von Bauten, der Verkauf von Rohmaterial und die Beteiligung an Unternehmungen dieser Art sei, plaudert jetzt ein Rundzettel der Nummer 57/58 der „Baumeister-Zeitung“ folgendes darüber aus: „Die Wiederaufbaugesellschaft Ostpreußen n. b. H., Wilmersdorf, ist eine Gründung des früheren zahlungsunfähigen Schneidmühlenselbstbesizers L. W. 1862 in Samter geboren, sächsischer Religion, vollständig mittellos ist und eine sehr besagte Vergangenheit hinter sich hat. Er besaß früher in Juchel ein Baumverleihgeschäft, das in „L. W. H.“ umgewandelt wurde ist. Diese firmierte seit dem 18. Juni 1911 „Vereinigte Bau- und Holzindustrie-Aktiengesellschaft“, Berlin. Sie befindet sich seit 1912 in Zahlungsunfähigkeit und zwei ihrer zu Berlin belegenen Grundstücke kamen bereits zu Zwangsversteigerung. Z. B. leistete am 10. März 1914 den Offenbarungseid. Unter seinem Eide befanderte er, daß er unbefugter Geschäftsführer der Bau- und Holzhandlung G. m. b. H. sei. Die Gesellschaft habe weder Handlung noch Einkommen. Diese Gesellschaft wurde am 31. Januar 1916 in die „Wiederaufbaugesellschaft Ostpreußen G. m. b. H.“ Wilmersdorf, umgewandelt. Als Geschäftsführer ist ebenfalls mittellos und juristisch im Jahre dienender Sohn des W. eingetretten. Auch die Ehefrau des W. ist fruchtlos geblieben worden.“ — Unter dem hochtönenden Namen der „Wiederaufbaugesellschaft“ vertritt sich demnach eine Organismus des Baubourgeois, vor deren nächster Bekanntheit wir unsere Kollegen warnen möchten.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Eisenbahnerverband. In den letzten Tagen ist die Zahl der deutschen freien Gewerkschaften um eine vermehrt worden. Am 1. Juli trat nämlich der Deutsche Eisenbahnerverband ins Leben. Diese Organisation wird sich die Vereinigung der Eisenbahnangestellten, Handwerker- und Arbeiter angelegen sein lassen. Zwar waren diese zum Teil bisher schon organisiert, doch gehörten zum Beispiel die zeitlich organisierten Eisenbahner einer verhältnismäßig großen Zahl verstreuter Verbände an. Nun wird sie der neue Verband unter seiner Führung vereinen. Dem Zweck des Krieges möge die Eisenbahnverwaltung eine große Anzahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in ihre Betriebe aufnehmen, um die notwendigen Arbeiten ausführen zu können. Die Verwaltung soll sich genötigt, ihren bekannten Revers, der die Zugehörigkeit von Eisenbahnern zu einer Gewerkschaft verbietet, praktisch fallen zu lassen. Die neuen Zustände können durch die Gewerkschaften überhaupt zur Organisationsfrage der Eisenbahner Stellung nehmen; denn die am 4. Januar 1916 für die preussischen Bahnen erlassene Arbeitsordnung läßt zwar die Beschäftigung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter zu, sie verbietet aber den Eisenbahnarbeitern immer noch die Beteiligung an den Organisationen, die den Streit als zulässiges Kampfmittel betrachten. Wenn auch diese Bestimmung während des Krieges keine Anwendung findet, so ist doch nach den Erklärungen des Ministers nicht daran zu zweifeln, daß sie nach dem Kriegsende sofort wieder angewendet würde. Die Zeitorganisierter Arbeiter müssen dann aufpassen, wenn sie über die Vereinigung der Eisenbahner nicht in der Organisation auf die Vorteile, die ihnen ihre Mitgliedschaft in der Organisation bot, verzichten. Nun läßt sich nicht verstehen, daß die in Staats- oder Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter in ihrem Verhältnis zum Arbeitgeber doch dem Eisenbahner als unsere Kollegen. Dazu kommt, daß die einseitige Verweigerung der Eisenbahner sich in den Parlamenten vorbringen lassen können, was für andere Arbeiter nutzlos wäre. Mit Rücksicht auf diese Umstände beschloßen die Vorstände der Kupferhämmer, Mafex, Maschinen, Metallarbeiter, Sattler und Transportarbeiter gemeinsam mit der Generalcommission, freiwillig auf die Organisation der Eisenbahner zu verzichten und den Kampf in Eisenbahnbetrieben beschäftigten Mitgliedern zu empfehlen sich dem neuen Eisenbahnerverbande anzuschließen. Hoffentlich gelingt es diesem, recht bald zum Vorteil der Eisenbahner zu wirken!

Soziales.

Versicherungspflicht beurlaubter Soldaten, die gegen Lohn in gewerblichen Betrieben beschäftigt werden. In Unternehmer- und Arbeiterkreisen besteht vielfach noch die Meinung über die Versicherungspflicht bei der Beurlaubung beurlaubter Soldaten. Wie wir dem Zentralrat für das deutsche Baugewerbe entnehmen, ist es nun förmlich geworden, daß die Kriegsministerien, dem Reichsversicherungsamt durch die Versicherungsstellen, freimüßig auf die Erfüllung der Frage: Versicherungspflicht bei Beurlaubung von beurlaubten Soldaten, die gegen Lohn beschäftigt

IK. Im Staatsrecht ist ein Gesetz eingeführt worden, nach dem bei öffentlichen Arbeiten nur am e r l a u b t e S t a n d a r t a r b e i t e r n verwendet werden dürfen. Dieses Gesetz wurde als mit der Befreiung der Union unvereinbar bekämpft, ist aber vom obersten Bundesgericht bestätigt worden. Demzufolge müßten viele Arbeiter und besonders die Unternehmer, wiewohl Arbeiter einlassen und sich nur anerkennenden Arbeiten umsehen, die selbstverständlich größere Bezahlungen stellen und auch verheißt, diese durchzuführen.

Eine Mahnung aus dem Felde

richtet Kollege Böhner in Bremen an die dahingewandten Kollegen. Der Zweigverein Bremen hatte an seine Mitglieder im Felde einen Keinen Situationsbericht gerichtet, der auch einige Bemerkungen über den Parteistand enthielt. Darauf antwortete Kollege Köhler mit einem Brief, in dem es heißt: „Betrüben mußte mich die Mitteilung, daß es noch Kollegen gibt, die sich von der Befreiung der Weizsäcker trennen. Wir wissen, daß nur einmal mit den Kollegen auf kurze Zeit lauschten Sie, um man unsere Augenblicklich seines Besuche sicher ist, wo man während unserer Familien sich zu Hause mit dem paar Mark Unterstützung durchbringen müssen, sich von den quälenden Gedanken mantern lassen muß, ob es einem wohl verdammt ist wird, wieder für seine Familie sorgen zu dürfen. ... Wieviel wollte wohl mancher freudig opfern, wenn er mit solchen tauglichen dürfte, die für die hohen Lebensmittelpreise ja auch Opfer bringen, aber von all der Seelenqual nichts wissen. Deshalb sollten es sich diese Kollegen überlegen, ob sie so lange warten wollen, bis wir wieder zurück sind und sie beschlüssen müssen, oder die Ergebnisse ihnen sagt, daß sie nicht voranzukommen; denn dieser Markt lautet zeitlich auf uns, das heißt, haben wir noch, was wir unbedeutend verdammt; denn jetzt ist dazu noch Zeit.“ Kollege Köhler geht dann auf den Parteistand ein und warnt eindringlich vor der Spaltung, weil das Auseinanderbrechen viel leichter geschehe als das Wiederaufzusammenfinden. In einem zweiten Briefe spricht er diesen Faden fort. In diesem Briefe heißt es: „Was sollten wohl die vielen Genossen, die sich im Felde verstreut in die Heere befinden, sagen, wenn sie wieder zurückkehrten und fänden die getrennte Organisation vor? So gut, wie man es für selbstverständlich hält, daß die Organisation des Reiches, der über die zukünftigen Schritte des deutschen Volkes zu entscheiden haben wird, nicht nur von den noch im Lande befindlichen Mitgliedern gewahrt werden kann, sollte ich es auch für dieselbe Pflicht, daß man mit solchen folgenreichen Schritten zu warten sollte, bis wir wieder unser Mitbestimmungsrecht anwenden können. Auch gebe ich mich der Hoffnung hin, daß dann die jetzt so scharfen Gegenstände wie an Schärfe verlieren werden, weil ich deren Umfang im gegenwärtig bestehenden Ausnahmestand erblicke.“ Sollte sich dann ergeben, daß es ohne Spaltung nicht geht, ist es dann nicht wohl fröhlich genug, wenn dies nach dem Krieges geschieht? Denn heute wenigstens alle Genossen die Verantwortung dafür. Aber sollten sich diese Genossen so fast, daß sie die Verantwortung allein tragen können? Ich für meine Person würde, wenn ich das Glück hätte, noch im Lande sein zu können, hierfür die Verantwortung abgeben.“ — So unser Kollege Köhler, der mit seinen politischen Ansichten bekanntlich nicht auf Seiten der Fraktionslosigkeit steht. Wir drücken die Wünsche aus seinen Briefen auf ausdrücklichen Wunsch unserer Bremer Verwaltung hier ab. Erfolg dürften die Mahnungen des Kollegen Köhler freilich ebensoviele haben, wie sie die monatelang von uns und vielen anderen wiederholten ähnlichen Ermahnungen fanden. Die zügellose Heide, die in verschiedenen Orten gegen die Fraktionslosigkeit betrieben worden ist, zeitigt eben jetzt ihre Früchte.

Kollege Franz-Wenzen wendet sich gegen die Schreibweise des in Nr. 19 nicht genannten Kollegen. Er schreibt: „Es wäre besser gewesen, wenn die Resolution derartige Stellen zurückwies, deren Inhalt darauf gerichtet ist, daß die Arbeit, die durch den Krieg zugefügt dem internationalen proletarischen geschaffen worden ist, nicht befristet, sondern vergrößert wird. Bedenklich wird doch die Definition auch auf dem Standpunkt stehen, daß eine internationale Bestimmung der Arbeiter aller Länder nach dem Krieges notwendig ist als je zuvor, um der kapitalistischen Kriegspolitik entgegenzusetzen als bisher entgegenwirken zu können.“ Auch zitiert er das folgende Wort: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ In dem hier ganz nette Dinge, die lassen sich ganz schön hören, besonders wenn einen der Diktator und das Elend der Familie nicht plagt. Ich wäre eher der Meinung, daß die durch den Krieg zwischen dem internationalen proletarischen geschaffene Stufe verringern helfen würde. Wenn aber die Italiener auf seinen Fall gewillt sind, sich unserer Arbeiter, die nach dem Krieges weiter darauf bestehen, uns zu übergeben und uns der Entgegenüberstehenden: „Guerre ci Tedeschi!“ (Krieg den Deutschen) — was dann? Sollten wir Gewerkschafter etwa unter ganzes Dasein samt unsern Nachkommen dem bitteren Elend preisgeben, um eines internationalen Diktators willen? Die Resolution, die ich oben zitierte, diesen Egoisten verdient unbedingt eine Erwiderung. Der internationale Grundgedanke verliert nicht das geringste, wenn damit einmal Scheitern gemacht wird. Ja, wenn der Kollege Franz den Beweis erbringen würde, daß sich der internationale Einwand der gegenseitigen Bestimmungen annehmen und in einigen Jahren sich wieder herstellen, dann sollte man dies noch hinstellen und weitere Opfer bringen. Andernfalls: „Guerra ci Italiani!“ (Krieg den

